

Florian Peters

ORCID 0000-0002-0667-4976

DOI: 10.24425/historie.2021.140444

Polens spät- und postsozialistische Transformation als Abschied von der industriellen Moderne

Keywords: Poland; industrial modernity; coal mining; late socialism; Solidarność, 1980s; production/consumption; transformation, market economy, social imaginaries

Das 200-Millionen-Tonnen-Jahr

1979 erreichte die polnische Steinkohlenförderung mit 201 Millionen Tonnen ihr historisches Allzeithoch. Der Bergbau in Ober- und Niederschlesien hatte seine Leistungsfähigkeit dank erheblicher Modernisierungsanstrengungen innerhalb von zwei Jahrzehnten verdoppelt und traditionelle europäische Kohleländer wie Großbritannien und Deutschland überflügelt.¹ Die von dem ehemaligen Bergmann und nunmehrigen Parteichef Edward Gierek angeführte Kohlelobby innerhalb der kommunistischen Partei feierte dies als beachtlichen industriepolitischen Erfolg und erwies (ungeachtet der sonst üblichen ideologischen Abneigung gegen monarchische Symbolik) „König Kohle“ ihre Reverenz, unter anderem mit einem internationalen Symposium unter der Schirmherrschaft der UNO in Kattowitz (Katowice).² Angesichts der beiden Ölkrisen von 1973 und 1979 sahen sich die polnischen Wirtschaftsplaner in ihrer Strategie bestätigt, voll auf die heimische Kohle zu setzen, und planten weitere Investitionen in neue Bergwerke in Oberschlesien sowie im neu erkundeten Lubliner Revier. Perspektivisch sollte die Jahresförderung auf 300 Millionen Tonnen jähr-

¹ Allerdings hatte dort die Förderung ihren Höhepunkt bereits um 1957 erreicht und war seither sukzessive zurückgefahren worden. Vgl. Franz-Josef Brüggemeier, *Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute*, München 2018, Tab. 1 und 4, S. 450-453. Für ihre instruktive Kritik an einer früheren Fassung dieser Überlegungen bin ich Claudia Kraft und Wiktor Marzec zu Dank verpflichtet.

² Lech Froelich, *Król węgiel* [König Kohle], in: *Zycie Gospodarcze*, Nr. 45 vom 11.11.1979, S. 15.

lich steigen; die Reserven reichten schließlich noch für 200 Jahre. „Die Kohle“, so lautete das Mantra, „ist und bleibt der Garant für das Tempo und das Ausmaß der sozioökonomischen Entwicklung unseres Landes.“³

In Wirklichkeit läutete dieser Höhepunkt auch für Polen den Anfang vom Ende des schwerindustriellen Entwicklungsmodells ein. Der darauffolgende Einbruch der Kohleförderung war zunächst politisch bedingt, da sich die aufgestaute Unzufriedenheit unter den Industriearbeitern in den Streiks des Sommers 1980 und in der Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ entlud. Doch auch später wurde die magische 200-Millionen-Tonnen-Marke nie wieder erreicht, obwohl das Regime weiterhin alles tat, um die Kohleförderung zu steigern – schon weil die Steinkohle mit Abstand das wichtigste polnische Exportgut war und dringend für die Bedienung der westlichen Kredite aus der Gierek-Ära gebraucht wurde.⁴ Um die Leistungsbereitschaft der Kohlekumpel trotz der katastrophalen Versorgungslage zu erhöhen, führte die Regierung im Herbst 1981 sogar ein eigenes Netz von Läden nur für Bergleute ein, deren Warenangebot den „Pewex“-Devisenläden entsprach. Anders als dort brauchten die Kumpel in den vom Volksmund „Gewex“ getauften Läden aber nicht in Dollar-Bons zu bezahlen, sondern konnten Złotys ausgeben, die sie mit freiwilliger Arbeit an den (von der „Solidarność“ erkämpften) arbeitsfreien Samstagen sowie an Sonntagen verdienten.⁵ Doch trotz solcher Privilegien und der Inbetriebnahme neuer Zechen stagnierte die polnische Kohleförderung bis zum Ende des Jahrzehnts. Die fortschreitende Erschöpfung der erschlossenen Flöze, chronische Ersatzteilprobleme und mangelhafte Arbeitsorganisation ließen die Förderkosten ständig steigen, während zugleich die Exporterlöse

³ Lech Froelich, *Węgiel* [Kohle], in: *Życie Gospodarcze*, Nr. 48 vom 2.12.1979, S. 1/4.

⁴ Vgl. Dariusz T. Grala, *Reformy gospodarcze w PRL (1982-1989). Próba uratowania socjalizmu* [Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik Polen (1982-1989). Der Versuch, den Sozialismus zu retten], Warszawa 2005, S. 215; Adam Frużyński, *Zarys dziejów górnictwa węgla kamiennego w Polsce* [Abriss der Geschichte des Steinkohlenbergbaus in Polen], Zabrze 2012, S. 130.

⁵ Vgl. Jan Jurkiewicz, „Dawać węgiel i zarabiać“. *Zalogi górnicze województwa katowickiego w 1982 roku wobec rzeczywistości stanu wojennego* [„Kohle geben und verdienen“. Bergwerksbelegschaften in der Wojewodschaft Kattowitz im Jahr 1982 angesichts der Realität des Kriegsrechts], in: *Górniki Polski* 6/2012, S. 205-247, hier S. 215 f.; Beata Rusek, *Sobotnie pieniądze* [Samstagsgeld], in: *Polityka*, Nr. 8 vom 20.2.1988, S. 6.

wegen der sinkenden Nachfrage und der niedrigeren Weltmarktpreise nach dem Ende der Ölkrise der 1970er Jahre zurückgingen.⁶ Trotzdem wuchs die Zahl der Beschäftigten im polnischen Steinkohlenbergbau bis 1989 auf über 430.000 an. Aus Sicht der Berater der nichtkommunistischen Regierung Mazowiecki erschien dies als „kuriose Überbeschäftigung“, sodass die Belegschaften in den folgenden Jahren noch schneller reduziert wurden als die Fördermengen.⁷ Als zentraler Energieträger der Industrialisierung war die Steinkohle ein „Grundstoff“ der Moderne. In Polen kam ihr sogar noch größere politische und symbolische Bedeutung zu als anderswo in Europa. Schließlich waren die wirtschaftlichen Entwicklungschancen des 1918 wiedergegründeten polnischen Staates von Anfang an aufs Engste mit dem deutsch-polnischen Konflikt um das oberschlesische Industriegebiet verknüpft gewesen, dessen östlicher Teil erst nach drei Aufständen und einem Plebiszit 1922 an Polen gefallen war, was das polnische Industriepotenzial beinahe verdreifachte.⁸ Auch die staatssozialistische Industrialisierungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg räumte der oberschlesischen Steinkohle und der darauf basierenden Schwerindustrie eine unbestrittene Schlüsselrolle ein, die dem oberschlesischen Revier die wenig schmeichelhafte Bezeichnung „polnisches Katanga“ eintrug. Diese Metapher spielte ursprünglich auf die wirtschaftliche Privilegierung der Region und den Eigensinn der dortigen Eliten (namentlich des Kattowitzer Parteichefs Edward Gierek) an. Sie ließ sich allerdings auch auf den kolonial anmutenden Raubbau an den natürlichen Ressourcen beziehen, der schwer erträgliche Umwelt- und Gesundheitsbelastungen mit sich brachte.⁹ Nicht ohne Grund gestand man den Bewohnern

⁶ Vgl. Frużyński, *Zarys dziejów górnictwa*, S. 138-152; Brüggemeier, *Grubengold*, S. 354.

⁷ Siehe Aleksander Szpilewicz, *Kopalnie węgla kamiennego w 1990 r. Fakty i działania dostosowawcze* [Die Steinkohlebergwerke im Jahr 1990. Fakten und Anpassungsmaßnahmen] (30.5.1990), *Archiwum Akt Nowych, Urząd Rady Ministrów*, 101/3, Bl. 287-304, hier Bl. 293-296.

⁸ Vgl. Piotr Greiner, *Die Entwicklung der Wirtschaft vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, in: Joachim Bahlcke u. a. (Hg.), *Geschichte Oberschlesiens. Politik, Wirtschaft und Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Berlin 2015, S. 427-464, hier S. 450.

⁹ Vgl. Bogusław Tracz, *Polska Katanga czy socjalistyczne eldorado? Z problemów życia codziennego na Górnym Śląsku w latach siedemdziesiątych XX w.* [Polnisches Katanga oder sozialistisches Eldorado? Über die Probleme des Alltagslebens in Oberschlesien in den 1970er Jahren], in: Marcin Bukała/Dariusz Iwaneczko (Hg.), *PRL na pochylni (1975-1980)* [Die Volksrepublik Polen auf der schiefen Ebene (1975-1980)], Rzeszów 2017, S. 416-443, hier S. 418-423.

der Kohlereviere in Oberschlesien und Wałbrzych (Waldenburg) bei der Einführung von Bezugsscheinen für Waschpulver im Sommer 1981 deutlich erhöhte Rationen zu, da die „besonders hohe Umweltverschmutzung in diesen Regionen [...] die Notwendigkeit eines erhöhten Waschmittelverbrauchs“ nach sich ziehe.¹⁰ In der Krise stieg auch das Bewusstsein für die Kehrseite der industriellen Modernisierung.

Es spricht deshalb einiges dafür, den Höhepunkt der polnischen Steinkohleförderung 1979 als Symptom einer nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch gesellschaftsgeschichtlichen „Zeitenwende“ zu betrachten. Zwar kann man trefflich darüber streiten, ob damals bereits „die Welt von heute begann“, wie Frank Bösch nahegelegt hat¹¹, oder doch erst ihre unmittelbare Vorgeschichte.¹² Jedenfalls setzte am Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren mit einigen Jahren Verzögerung gegenüber Westeuropa auch in Polen eine langwierige und schmerzhaft Erosion industriegesellschaftlicher Strukturen und Deutungsmuster ein. Ihre spezifische Dynamik gewann sie hier wie anderswo im östlichen Europa durch ihre Überlagerung mit dem politischen Niedergang des Staatssozialismus, die den sozioökonomischen Wandel zusätzlich beschleunigte und dessen gesellschaftliche Konsequenzen verschärfte.

Dieser Beitrag geht deshalb der Frage nach, was wir über die spät- und postsozialistische Transformationszeit der 1980er und 1990er Jahre in Polen lernen können, wenn wir sie (auch) als Abschied von der industriellen Moderne begreifen. Im Anschluss an die nötige Klärung der Begrifflichkeiten entwickle ich die These, dass der für den Verlauf der polnischen Transformation so prägende Bruch

¹⁰ *Życie Warszawy* vom 21.8.1981, zitiert nach Jolanta Muszyńska u. a., *Obraz codzienności w prasie stanu wojennego: Gdańsk, Kraków, Warszawa* [Das Bild des Alltags in der Presse des Kriegsrechts: Danzig, Krakau, Warschau], Warszawa 2006, S. 122. Erhöhte Rationen wegen starker Luftverschmutzung gab es außer in den Kohlerevierern auch in Krakau (Kraków).

¹¹ Bösch bezieht sich für Polen vornehmlich auf den politikgeschichtlichen Einschnitt des ersten Besuches von Papst Johannes Paul II. in seinem Heimatland im Juni 1979. Vgl. Frank Bösch, *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, München 2019, S. 61-84.

¹² So begreift Lutz Raphael die Jahrzehnte zwischen 1970 und 2000 mit Blick auf Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland als „spezifische Übergangsperiode“, deren Problemlagen deutlich von den gesellschaftlichen Dynamiken seit der Jahrtausendwende abzugrenzen seien. Vgl. Lutz Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019, S. 475-477.

zwischen der „arbeiterlichen“¹³ Massenbewegung der „Solidarność“ von 1980/81 und der in Anverwandlung westlicher neoliberaler Reformkonzepte durchgeführten Schocktherapie von 1989/90 als Schlüsseletappe dieses transnationalen Epochenwandels zu deuten ist. Damit ist nicht zuletzt das Problem aufgeworfen, inwieweit die marktradikale Transformation im postsozialistischen Polen und anderen Teilen Ostmitteleuropas nicht nur von ideologischen West-Ost-Transfers geprägt war, sondern ihrerseits auf die weitere Entwicklung in Westeuropa zurückgewirkt hat.

Staatssozialismus als Kind der industriellen Moderne

Schaut man auf die sozioökonomische Basis, die symbolischen Ordnungsentwürfe und die zeitgenössischen Zukunftsvorstellungen, die dem Staatssozialismus sowjetischer Prägung zugrunde lagen, so verweisen diese in erheblichem Maße auf die industrielle Moderne, wie sie sich ab dem späten 19. Jahrhundert in Westeuropa als hegemoniales Paradigma von Gegenwartsdeutung und Fortschrittsvision etabliert hatte. Für das von diesem Paradigma geprägte Jahrhundert von ungefähr 1880 bis 1980 hat Ulrich Herbert mit Blick auf eine komparativ angelegte europäische Geschichte die Epochenbezeichnung „Hochmoderne“ vorgeschlagen.¹⁴ Lutz Raphael und Christof Dipper haben diesen Ansatz kulturgeschichtlich angereichert und mit ihrem Konzept der „Industriemoderne“ noch stärker auf die Wechselwirkungen von sozioökonomischen „Basisprozessen“ (wie Institutionalisierung, Wirtschaftswachstum, Verwissenschaftlichung oder Individualisierung) mit kulturellen „Ordnungsmustern“ fokussiert, die die zeitgenössische Selbstwahrnehmung der sich selbst als „modern“ verstehenden Gesellschaften leiteten.¹⁵ Dahinter steht die Einsicht, dass erst diese symbolischen und ideologisch-politischen Deutungsachsen den durch den

¹³ Vgl. zur „arbeiterlichen Gesellschaft“ im Staatssozialismus Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999, S. 173-208.

¹⁴ Vgl. Ulrich Herbert, *Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century*, in: *Journal of Modern European History* 5/2007, S. 5-21.

¹⁵ Vgl. Lutz Raphael, *Ordnungsmuster der „Hochmoderne“? Die Theorie der Moderne und die Geschichte der europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, in: Ute Schneider/Lutz Raphael (Hg.), *Dimensionen der Moderne. Festschrift für Christof Dipper*, Frankfurt am Main 2008, S. 73-91; Christof Dipper, *Moderne*, Version 2.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 17.1.2018, http://docupedia.de/zg/Dipper_moderne_v2_de_2018, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.1114.v2> (27.11.2018).

wissenschaftlich-technischen Fortschritt radikal erweiterten Machbarkeits- und Steuerungspotenzialen dieser Epoche ihre konkrete Richtung gaben.

Was Modernität den Zeitgenossen substanziell bedeutete, war folglich stets im Wandel begriffen und blieb vielfach umstritten. Das von Shmuel N. Eisenstadt in die Diskussion eingebrachte kultursoziologische Konzept der *multiple modernities* bietet deshalb willkommene Anregungen zur Einordnung des spezifischen westlichen Modells der Moderne in einen globalgeschichtlichen Referenzrahmen. Es trägt zugleich zur Relativierung seiner universalistischen Überhöhung bei, wie sie insbesondere in der US-amerikanischen Modernisierungstheorie zum Ausdruck kam.¹⁶ Für Ostmitteleuropa als nahe Peripherie der kapitalistischen Zentren beiderseits des Nordatlantiks war von Anfang an nicht nur die Frage innergesellschaftlicher Aushandlungen von Modernität von Belang, sondern mindestens ebenso sehr deren Fremd- und Außenwahrnehmung. Denn was in der Wahrnehmung lokaler Eliten in der ostmitteleuropäischen Peripherie als „modern“ gelten konnte, ergab sich stets in beträchtlichem Maße aus dem vergleichenden Blick nach Westen. Die industrielle Moderne zeigte sich hier in besonderem Maße als relationale und asynchrone Epoche, deren Ordnungsmuster und Zukunftsvorstellungen den ausgeprägten Wunsch peripherer Eliten widerspiegelten, die diagnostizierte Rückständigkeit aufzuholen, um endlich selbst auf der Höhe der Zeit zu sein.¹⁷ Dies schlug sich in einer gewissen Neigung zu imitativen Übernahmen und gelehrigem Übereifer nieder.¹⁸ Beides konnte freilich, wie die Beziehungen der staatssozialistischen Staaten mit dem globalen Süden zeigten, mit einem ausgeprägten und weit über die Region hinausweisenden Sendungsbewusstsein einhergehen.¹⁹ Angesichts

¹⁶ Vgl. Shmuel N. Eisenstadt, *Die Vielfalt der Moderne*, Weilerswist 2000.

¹⁷ Vgl. Agata Zysiak u. a., *From Cotton and Smoke. Łódź – Industrial City and Discourses of Asynchronous Modernity 1897-1994*, Łódź 2018.

¹⁸ Vgl. exemplarisch ebd. S. 224-226; außerdem Piotr Koryś, „...to jest Polska i chcemy mieć rozwiązania polskie“. NSZZ Solidarność jako ruch modernizacyjny [...das ist Polen, und wir wollen polnische Lösungen“. Die Gewerkschaft Solidarność als Modernisierungsbewegung], in: Jacek Kloczkowski (Hg.), *Polska Solidarności. Kontrowersje, oblicza, interpretacje* [Das Polen der Solidarność. Kontroversen, Gesichter, Interpretationen], Kraków 2011, S. 155-178, hier S. 176; zur Rolle der ostmitteleuropäischen *inteligencja* als Vermittlerin zwischen Zentrum und Peripherie Tomasz Zarycki, *Ideologies of Eastness in Central and Eastern Europe*, London/New York 2014, S. 64-88.

¹⁹ Vgl. etwa die Beiträge in James Mark u. a. (Hg.), *Alternative globalizations. Eastern Europe and the postcolonial world*, Bloomington 2020.

der globalen Verflechtung der osteuropäischen, nach 1945 sowjetisch geprägten Variante der Moderne macht es wenig Sinn, diese als allein auf sich selbst bezogenes System zu exotisieren oder als totalitäres Gefängnis jenseits einer (wie auch immer) als „natürlich“ vorgestellten historischen Entwicklung zu verorten. Den allermeisten Akteuren im östlichen Europa ging es offensichtlich nicht um eine ganz andere Moderne; die Orientierung auf westliche Vorbilder war selbst in der Abgrenzung ein bestimmendes Element ihrer Zukunftsvorstellungen. Wer wie Walter Ulbricht die Devise „überholen ohne einzuholen“ ausgab und damit einen eigenständigen sozialistischen Entwicklungspfad proklamierte, berief sich indirekt doch auf den vom westlichen Konkurrenzsystem gesetzten Maßstab.²⁰ Indem sie den durch die industrielle Moderne hervorgebrachten Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Weltanschauung machten, wurden die Kommunisten nicht nur zu den entschiedensten Kritikern der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern blieben der industriemodernen Sinnwelt zugleich auf konsequenteste und emphatischste Weise zugewandt. Betrachtet man Planung und Utopie als „zentrale Ordnungsmuster der Industriemoderne“ und zählt noch Staatszentriertheit und *social engineering* als daraus abgeleitete Formen industriemodernen Ordnungsdenkens hinzu²¹, so kommt man nicht umhin, den Staatssozialismus, der all diese Prinzipien am radikalsten verinnerlicht hatte, in mancher Hinsicht als dessen paradigmatische Verkörperung zu betrachten. Da die Kommunisten sich auf der Überholspur in die industrielle Moderne wähten, meinten sie freilich, auf zentrale Wesenszüge des westlichen Modernisierungsprozesses wie die Ausweitung politischer Partizipationsrechte, die funktionale Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme, die Gewährleistung von Rechtssicherheit und die Tendenz zur Individualisierung verzichten zu können. „Der Kommunismus war“, so Zygmunt Bauman resümierend, „die Moderne in ihrer entschlossensten Stimmung und entschiedensten Haltung; die stromlinienförmige Moderne, die vom letzten Rest an Chaotischem, Irrationalem, Spontanem, Unvoraussagbarem gereinigt war“.²² Die Sowjetunion und nach 1945 auch die sogenannten Volksdemokratien in Ostmitteleuropa machten es sich geradezu

²⁰ Vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Bonn 2007, S. 142-147.

²¹ So Dipper, *Moderne*; Raphael, *Ordnungsmuster der „Hochmoderne“?*, S. 86 f.

²² Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg 1992, S. 326.

zur *raison d'être*, dem Vorbild des industrialisierten Zentrums in Westeuropa und den USA nachzueifern und die peripheren bzw. semiperipheren Länder unter kommunistischer Herrschaft ebenfalls schnellstmöglich in die Industriemoderne zu katapultieren. Auch wenn die Kommunisten ihren selbst gestellten Ansprüchen sonst in vielerlei Hinsicht nicht gerecht wurden, steht außer Zweifel, dass sie ihr Ziel, aus überwiegend noch feudal geprägten Agrargesellschaften moderne Industriegesellschaften zu machen, in die Realität umsetzten.²³ Selbst wenn man mit dem aus Erfahrung klüger gewordenen Włodzimierz Brus von einer imitativen und letzten Endes „konservativen Modernisierung“ sprechen mag, die wirtschaftliches Wachstum primär durch die forcierte Erhöhung des Einsatzes der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit generierte²⁴, sind deren tiefgreifende Effekte auf die Sozialstruktur und die individuellen wie kollektiven Lebenswelten doch nicht von der Hand zu weisen.

Überall dort, wo der flächendeckende Durchbruch zur Industriemoderne erst unter staatssozialistischer Ägide erfolgte, gingen industrielle Arbeitswelten und sozioökonomische Strukturen folglich eine enge Liaison mit den politischen und kulturellen Bedingungen dieses Systems ein. Die aus der Entwicklung zu modernen Industriegesellschaften entstandene Sinnwelt fungierte im östlichen Europa als unverzichtbare Bezugsgröße und Legitimationsgrundlage des Staatssozialismus – und blieb es bis zu dessen Ende. Da die kommunistischen Regime außerstande waren, ihr auf Kohle, Stahl und Beton basierendes Fortschrittsdenken grundsätzlich zu erneuern, blieb das von ihnen geschaffene System schließlich als „letzte Festung der Moderne“ zurück.²⁵ Seit Ende der 1970er Jahre zeichnete sich deshalb im östlichen Europa eine doppelte Krise ab: Mit dem schleichenden politischen Niedergang des Staatssozialismus gerieten auch die sinnweltlichen Ordnungsmuster der Industriemoderne besonders stark unter Druck.

²³ Vgl. Ivan T. Berend, *Central and Eastern Europe 1944-1993. Detour from the periphery to the periphery*, Cambridge 1996, S. 182-192; Jerzy Łazor/Bogdan Murgescu, *Economic Development*, in: Włodzimierz Borodziej u. a. (Hg.), *The Routledge History Handbook of Central and Eastern Europe in the Twentieth Century*. Bd. 1: *Challenges of Modernity*, London/New York 2020, S. 313-384, hier S. 336-341.

²⁴ Siehe Włodzimierz Brus/Tadeusz Kowalik, *Socialism and Development*, in: *Cambridge Journal of Economics* 3-4/1983 (7), S. 243-255, hier S. 249-251.

²⁵ Bauman, *Moderne und Ambivalenz*, S. 320.

Diese enge Verknüpfung von Staatssozialismus und Industriemoderne galt auch für Polen, das bis zum Zweiten Weltkrieg, abgesehen von wenigen industriellen Kernen wie Łódź (Lodz) und dem oberschlesischen Industriegebiet, noch weitgehend agrarisch strukturiert gewesen war. Auch wenn manche polnischen Historiker einen gegenteiligen Eindruck erwecken²⁶, entfalteten die eng miteinander verflochtenen Prozesse der sozioökonomischen Modernisierung und der staatssozialistischen Umgestaltung in der polnischen Gesellschaft nachhaltige Prägekraft. Zwar war die Verankerung der staatssozialistisch gefärbten industriemodernen Sinnwelt von Anfang an dadurch belastet, dass die Industrialisierung in den Jahrzehnten nach dem Krieg im Wesentlichen von oben durchgesetzt wurde, und zwar von einem kommunistischen Regime mit ausgesprochen zweifelhafter Legitimation.²⁷ Allerdings eignete die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sich die von Grund auf veränderten sozioökonomischen Verhältnisse bereitwillig an, indem sie individuelle soziale Aufstiegschancen wahrnahm, an der gesellschaftlichen Homogenisierung partizipierte oder lebensweltliche Integrationsangebote aufgriff. Überdies waren die polnischen Kommunisten seit der Entstalinisierung klug genug, nicht mehr von jedem ein enthusiastisches Bekenntnis zu den ideologischen Grundlagen der neuen Gesellschaftsordnung zu verlangen. Stattdessen vertrauten sie – getreu der materialistischen Maxime „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ – auf die materielle Überzeugungskraft der von ihnen initiierten Modernisierung.²⁸ Wie sehr die staatssozialistische Industriemoderne und die damit verbundenen Wertvorstellungen und sozialen Integrationsmuster von vielen Polinnen und Polen akzeptiert und internalisiert wurden, zeigte sich wohl am deutlichsten in den Krisenmomenten der kommunistischen Herrschaft. Noch gegen Ende der 1970er

²⁶ So etwa Wojciech Roszkowski, *Gospodarka. Wzrost i upadek systemu nakazowo-rozdzielczego* [Wallwirtschaft. Aufstieg und Fall des Kommando-Umverteilungs-Systems], Warszawa 2008, insbes. S. 132; ders., *Historia Polski 1914-2005* [Geschichte Polens 1914-2005], Warszawa 2006¹¹.

²⁷ Andrzej Leder hat für das passiv-distanzierte Verhältnis der polnischen Mehrheitsgesellschaft zu diesem revolutionären Wandel die treffende Metapher der *prześlona rewolucja*, also einer „Revolution im Wachtraum“ gefunden. Siehe Andrzej Leder, *Polen im Wachtraum. Die Revolution 1939-1956 und ihre Folgen*, Osnabrück 2019.

²⁸ Vgl. Grzegorz Wołowicz, *Barwy walki i polska droga do socjalizmu* [Die Farben des Kampfes und der polnische Weg zum Sozialismus], in: Katarzyna Chmielewska u. a. (Hg.), *Rok 1966. PRL na zakręcie* [Das Jahr 1966. Die Volksrepublik Polen am Scheideweg], Warszawa 2014, S. 39-68, hier S. 56.

Jahre, als Polen nach einem mehrjährigen, vorwiegend durch Westkredite finanzierten Boom in eine tiefe Wirtschaftskrise schlitterte, war die Zustimmung zu dieser Sinnwelt ungebrochen. Die unabhängige und selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarność“, die die Parteiherrschaft 1980/81 in ihren Grundfesten erschütterte, wurde zwar im Nachhinein oft einseitig durch das Prisma der intellektuell geprägten Opposition wahrgenommen, die sich nur zu gerne in der langen Geschichte des nationalen Freiheitskampfes verortete und in ihrer retrospektiven Selbstdeutung eine direkte Linie von den Streiks im August 1980 bis zum erfolgreichen Systemwechsel von 1989 zog. Doch anders als die Regierung des ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, die nach den halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 aus der Oppositionsbewegung hervorging und sich in Person ihres Finanzministers Leszek Balcerowicz den Übergang zum Kapitalismus auf die Fahnen schrieb, war die gewerkschaftliche Massenbewegung von 1980/81 noch fest in der industriemodernen Sinnwelt verankert. Sie stützte sich in erster Linie auf die Arbeiterschaft in der während des Staatssozialismus aufgebauten Großindustrie, und zur Lösung der enormen wirtschaftlichen Probleme setzte sie gerade nicht auf Konkurrenz und Marktkräfte, sondern auf Kollektivismus und Verteilungsgerechtigkeit. Zu ihren wichtigsten Forderungen gehörten die Einführung von Lebensmittelkarten für Fleisch und weitere Grundnahrungsmittel, erweiterte Kontrollbefugnisse für die Belegschaften in den Betrieben sowie eine wirkliche „Vergesellschaftung“ aller Lebensbereiche.²⁹

Dagegen war die Privatisierung der großen staatseigenen Industriebetriebe für die allermeisten „Solidarność“-Anhänger noch völlig undenkbar. Zwar ventilierten eine regierungsamtliche Experten-

²⁹ Siehe etwa die 21 Forderungen des Überbetrieblichen Streikkomitees (*Międzyzakładowy Komitet Strajkowy*) in Danzig (Gdańsk) vom 16./17.8.1980, in: Jacek Luszniewicz/Andrzej Zawistowski (Hg.), *Sprawy gospodarcze w dokumentach pierwszej Solidarności*. Bd. I: *16 sierpnia 1980-30 czerwca 1981* [Wirtschaftsfragen in den Dokumenten der ersten Solidarność. Bd. 1: 16. August 1980–30. Juni 1981], Warszawa 2008, S. 67-70; sowie das vom Gewerkschaftskongress im Herbst 1981 unter dem Schlagwort „Samorządna Rzeczpospolita“ (Die selbstverwaltete Republik) verabschiedete Programm der „Solidarność“; *Uchwała Programowa I Krajowego Zjazdu Delegatów NSZZ „Solidarność”* [Programmbeschluss der 1. Landesdelegiertenkonferenz der NSZZ „Solidarność“], in: *I Krajowy Zjazd Delegatów NSZZ „Solidarność“: Statut. Uchwała programowa z aneksem. Dokumenty Zjazdu* [1. Landesdelegiertenkonferenz der NSZZ „Solidarność“; Statut. Programmbeschluss mit Anhang. Konferenzdokumente], Gdańsk [1981], S. 23-61.

kommission und die Wirtschaftsberater der oppositionellen Gewerkschaft angesichts der katastrophalen Wirtschaftskrise eine Reihe von Reformideen, die den Staatsbetrieben größere ökonomische Freiheit gewähren sollten; diese bewegten sich jedoch sämtlich im Rahmen reformsozialistischer Denkmuster, die Markt und Plan miteinander versöhnen wollten.³⁰ Die „Solidarność“ drängte dabei vor allem auf reale Entscheidungsbefugnisse für die Belegschaften in Form einer tatsächlichen Arbeiterselbstverwaltung. Diese Bewegung war nicht angetreten, das sozialistische Versprechen von industrieller Modernität, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern, sondern ganz im Gegenteil: um es zu verwirklichen.

„Es war Jaruzelski, der den Weg für Balcerowicz ebnete“

Erst die jahrelange Schockstarre nach der Einführung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski im Dezember 1981 versetzte dieser Vision eines demokratisierten Sozialismus den Todesstoß. Die militärische Niederschlagung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Polen war in dieser Hinsicht mit Margaret Thatchers hartem, auf polizeistaatliche Methoden gestütztem Durchgreifen gegen den einjährigen Streik der britischen Bergarbeitergewerkschaft *National Union of Mineworkers* 1984-85 vergleichbar: Beide Ereignisse bereiteten der Abkehr von der industriemodernen Sinnwelt und dem Durchbruch des Marktradikalismus den Boden. Für Polen brachte Karol Modzelewski, einer der wenigen führenden Köpfe der „Solidarność“, die der neoliberalen Wende von 1989 skeptisch gegenüberstanden, diesen Zusammenhang treffend auf den Punkt: „Es war Jaruzelski, der den Weg für Balcerowicz ebnete.“³¹

³⁰ Vgl. Jacek Luszniwicz, *Koncepcje ekonomiczne „Solidarności“ 1980-1981. Reforma czy transformacja socjalistycznego systemu gospodarczego?* [Ökonomische Konzepte der „Solidarność“ 1980-1981. Reform oder Transformation des sozialistischen Wirtschaftssystems?], in: Andrzej Friszke u. a. (Hg.), *Solidarność od wewnątrz. 1980-1981* [Solidarność von innen. 1980-1981], Warszawa 2013, S. 290-318; Piotr Koryś/Maciej Tyimiński, *Od socjalizmu do socjalizmu. Koncepcje reform gospodarczych w PRL po wybuchach społecznych w 1956 i 1980 r.* [Vom Sozialismus zum Sozialismus. Konzeptionen für Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik Polen nach den sozialen Revolten 1956 und 1980], in: *Dzieje Najnowsze* 4/2016 (48), S. 125-140.

³¹ Karol Modzelewski, *Zajeżdżymy kobyłę historii. Wyznania poobijanego jeźdźca* [Wir wollen den Gaul der Geschichte zuschanden reiten. Bekenntnisse eines angeschlagenen Reiters], Warszawa 2013, S. 401.

Während Thatcher und Reagan ihre neoliberalen Glaubenssätze offensiv vertraten, hatte Jaruzelskis Militärregime weder eine neue ideologische Heilsbotschaft noch ein konsistentes wirtschaftspolitisches Programm zu bieten. Den polnischen Generälen gelang es zwar, den durch die „Solidarność“ genährten Hoffnungen auf eine demokratische Erneuerung im Horizont der Industriemoderne effektiv den Garaus zu machen; mit einer konstruktiven Idee zur Überwindung der um sich greifenden Apathie taten sie sich jedoch schwer. Die Versuche des Regimes, das selbst geschaffene ideelle Vakuum mit einer Mischung aus nationalem Pathos, reformerischen Lippenbekenntnissen und offenem Zynismus im Stile des Regierungssprechers Jerzy Urban zu füllen, waren zum Scheitern verurteilt. Solange die im Untergrund neu formierte Oppositionsbewegung sich glaubwürdig auf den Mythos der zerschlagenen „Solidarność“ berufen konnte, war der Weg zurück zu einer Erneuerung der sozialistischen Ideale für die Regierenden versperrt. Dagegen kam eine rigorose Austeritätspolitik, wie sie Rumäniens neostalinistischer Diktator Nicolae Ceaușescu betrieb, um die rumänischen Auslandsschulden abzutragen, für Polen nicht infrage.³² Denn um der Bevölkerung so tiefe Einschnitte in ihren Lebensstandard abzuverlangen, reichten die Machtressourcen der polnischen Kommunisten schlicht und einfach nicht mehr aus.

Je länger die aus dem politischen Patt resultierende Reformblockade anhielt, desto offensichtlicher trat der Niedergang der volkspolnischen Industrie zutage. Viele in der Nachkriegszeit aufgebaute Industriebetriebe waren inzwischen heruntergewirtschaftet, und die kreditfinanzierte Industriepolitik der Gierek-Ära hatte neben Investitionsruinen einen gigantischen Schuldenberg und Abhängigkeiten von westlichen Ersatzteil- und Materialimporten hinterlassen, die den wirtschaftspolitischen Spielraum nun zusätzlich einengten. Von dem zukunfts zugewandten Fortschrittsoptimismus, der sich zehn Jahre zuvor noch mit industriellen Großprojekten wie dem riesigen Hüttenkombinat *Huta Katowice* im oberschlesischen Industriegebiet verbunden hatte, war nicht mehr viel geblieben.³³ 1986 klagten selbst Delegierte des PZPR-Parteitag

³² Vgl. Cornel Ban: *Sovereign Debt, Austerity, and Regime Change. The Case of Nicolae Ceausescu's Romania*, in: *East European Politics and Societies and Cultures* 4/2012 (26), S. 743-776.

³³ Vgl. Grzegorz Miernik, *Lamenty nad przemysłem w ostatnich latach PRL* [Klagen über die Industrie in den letzten Jahren der Volksrepublik Polen], in:

offen über die vorsintflutlichen Arbeitsbedingungen in der Schwerindustrie und äußerten Verständnis dafür, dass junge Arbeiter aus den Hüttenwerken „flüchteten“, kaum dass sie die „farblose Realität“ hinter den Fabrikatoren kennengelernt hätten.³⁴ Dass die seit 1984 jährlich in der Wirtschaftspresse publizierte Liste der 500 größten polnischen Industriebetriebe alle Jahre wieder vom staatlichen Branntweinmonopol „Polmos“ angeführt wurde, sorgte nicht nur in der reformorientierten Parteizeitung *Polityka* für sarkastische Kommentare.³⁵ Da es an Mitteln und Wegen fehlte, um den staats-eigenen Großbetrieben auf die Beine zu helfen, verlagerte sich der Fokus der wirtschaftspolitischen Reformbemühungen im Verlauf der 1980er Jahre zusehends auf den Privatsektor. So räumte das Kriegsrechts-Regime westlichen Ausländern vorteilhafte Konditionen zur Gründung kleiner und mittelständischer Privatunternehmen ein und löste damit einen Boom der sogenannten Polonia-Unternehmen aus, die überwiegend im Konsumgüterbereich aktiv wurden und nicht selten die notorischen Dysfunktionalitäten der Planwirtschaft zur Profitmaximierung ausnutzten.³⁶ Zudem verschob sich die öffentliche Aufmerksamkeit angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise von der Produktionssphäre auf die Sphären der Verteilung und des Konsums. Die populäre Unzufriedenheit richtete sich vor allem auf die chronischen Versorgungsengpässe mit Waren des täglichen Bedarfs, das stundenlange Schlangestehen und nicht zuletzt auf die Wucherpreise des florierenden Schwarzmarkts. Entsprechend veränderten sich auch die Strategien zur Bewältigung des Alltags: Die individualistische Suche nach dem eigenen Vorteil in den Grauzonen der Schattenwirtschaft, im Schleich- und Zwischenhandel zwischen Stadt und Land sowie ins sozialistische und nichtsozialistische Ausland erwies sich in den letzten Jahren der Volksrepublik schlicht als aussichtsreicher als der kollektive Einsatz

Elżbieta Kościk/Robert Klementowski (Hg.), *Z dziejów przemysłu po 1945 roku* [Aus der Geschichte der Industrie nach 1945], Wrocław 2012, S. 245-262.

³⁴ Zbigniew Maciąg, *Nie tylko w Hucie im. Bieruta: Trudno o hutniczą młodzież* [Nicht nur in der Bierut-Hütte: Nachwuchssorgen der Hüttenwerke], in: *Trybuna Ludu*, Nr. 206 vom 5.9.1986.

³⁵ Jacek Poprzeczko, „Lista 500“: „Polmos“ wciąż prowadzi [Die „Liste der 500“: „Polmos“ führt weiterhin], in: *Polityka*, Nr. 26 vom 27.6.1987, S. 5.

³⁶ Vgl. Grala, *Reformy gospodarcze w PRL*, S. 256-273; sowie (vorwiegend auf Basis der Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes) Mirosław Sikora, *Koncesjonowany kapitalizm. Służba Bezpieczeństwa MSW a „spółki polonijne“ w PRL (1976-1989)* [Konzessionierter Kapitalismus. Der Sicherheitsdienst des Innenministeriums und die „Polonia-Gesellschaften“ in der Volksrepublik Polen (1976-1989)], in: *Dzieje Najnowsze* 3/2013 (45), S. 125-146.

für verbesserte Produktionsverhältnisse in der Industrie.³⁷ „Jeder will das tun, was sich bezahlt macht“, konstatierte die *Polityka*-Redakteurin Joanna Solska Ende 1988. „Am wenigsten bezahlt macht sich bis auf Weiteres zu produzieren. Das beste Geschäft ist der Handel: dort [im Ausland] einkaufen [...], hier [in Polen] verkaufen – natürlich gegen konvertible Devisen.“³⁸ So wie sich der „Aufbau des Sozialismus“ in der Nachkriegszeit in erster Linie auf die Schwerindustrie gestützt hatte, avancierte nun der Handel zum Leitsektor der anbrechenden Transformationszeit.

Diese Verschiebung der ökonomischen Praxis von der Produktions- auf die Verteilungssphäre schlug sich auch auf der Ebene sinnweltlicher Ordnungsvorstellungen und politischer Orientierungen nieder. In der oppositionellen Untergrundszene profilierten sich wirtschaftsliberale Stimmen wie diejenigen des Krakauer Philosophen Mirosław Dzielski, der Danziger Liberalen um Donald Tusk und Janusz Lewandowski oder des exzentrischen Janusz Korwin-Mikke, die sich entschieden vom Kollektivismus und Arbeiterkult der „Solidarność“ abwandten und stattdessen Eigenverantwortung und privaten Unternehmergeist predigten.³⁹ Obwohl die Zahl überzeugter Anhänger neoliberaler Klassiker wie Friedrich August Hayek oder Milton Friedman in der polnischen Oppositionsbewegung überschaubar blieb, sollte deren Gedankengut bald auch die wirtschaftspolitischen Leitbilder des gewerkschaftlich und christdemokratisch ausgerichteten Mainstreams der Opposition beeinflussen.

Auch innerhalb des Regierungslagers zeichnete sich gegen Ende der 1980er Jahre ein Paradigmenwechsel zugunsten marktorientierter Reformansätze ab. Zwar scheiterte der Versuch der Kommunisten, sich mit einem Referendum im November 1987 einen Freibrief für eine radikale Wirtschaftsreform geben zu lassen. Doch nachdem

³⁷ Vgl. zu den grenzüberschreitenden Dimensionen dieser Entwicklung Jerzy Kochanowski, *Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944-1989*, Göttingen 2013, S. 414-436; Dariusz Stola, *Kraj bez wyjścia? Migracje z Polski 1949-1989* [Land ohne Ausweg? Migration aus Polen 1949-1989], Warszawa 2010, S. 362-384.

³⁸ Joanna Solska, *Sieć dla powracających* [Ein Netz für Rückkehrer], in: *Polityka*, Nr. 52 vom 24.12.1988, S. 5.

³⁹ Vgl. Konrad Knoch, *Pisma liberalne drugiego obiegu w Polsce w latach 1979-1990* [Liberaler Schriften des Zweiten Umlaufs in Polen 1979-1990], Warszawa 2015; Jerzy Szacki, *Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus*, Frankfurt am Main 2003, S. 188-228.

mit Mieczysław F. Rakowski der bekannteste Vertreter des Reformflügels das Amt des Ministerpräsidenten übernommen hatte, machte die Regierung ernst: Rakowskis Industrieminister Mieczysław Wilczek, selbst ein erfolgreicher Selfmade-Unternehmer, kündigte die Schließung unrentabler Staatsbetriebe und Bergwerke an und rief seine Landsleute öffentlich zu individueller Bereicherung auf. Dabei nahm der Minister kein Blatt vor den Mund und rief sogar nach einer „Umerziehung“ der seiner Ansicht nach „total verschnarchten Nation“ passiver, staatsfixierter Polinnen und Polen. Bisher habe sich schließlich „niemand aus eigenem Antrieb geistig überanstrengt (außer um krumme Dinger zu drehen)“⁴⁰. Dass Wilczek trotz solcher hemdsärmeliger Tiraden und ungeachtet der von ihm gegen heftige Widerstände vorangetriebenen Stilllegung der Danziger Lenin-Werft zum populärsten Politiker des Landes aufstieg⁴¹, war bezeichnend für den tiefgreifenden Sinneswandel in der polnischen Öffentlichkeit.

Im Dezember 1988 setzte Wilczek ein Gesetzespaket durch, das die rechtlichen Rahmenbedingungen für private Wirtschaftstätigkeit radikal liberalisierte und der für die polnische Transformationszeit charakteristischen Welle wirtschaftlicher Eigeninitiative zusätzlichen Auftrieb verschaffte. Es ist zwar eher fraglich, ob auf den allgegenwärtigen Polenmärkten und Basaren wirklich in größerer Zahl Karrieren vom Markthändler zum Millionär begannen. Dennoch sendete die letzte kommunistische Regierung unübersehbare Signale, dass wirtschaftliche Dynamik nicht länger von der staats-eigenen Großindustrie zu erwarten war, sondern von privatkapitalistischen Unternehmern und Managern. Viele Angehörige des Partei- und Wirtschaftsapparats ließen sich das nicht zweimal sagen und nutzten ihren privilegierten Zugriff auf das bisherige Volkseigentum für einträgliche Geschäfte.⁴² Die Abkehr von der

⁴⁰ *Bierście swój los w swoje ręce* [Nehmt euer Schicksal selbst in die Hand], Interview mit Industrieminister Mieczysław Wilczek, in: *Polityka*, Nr. 48 vom 26.11.1988, S. 4.

⁴¹ Vgl. Michał Przeperski, *Ostatnia próba modernizacji PRL. Rząd Mieczysława F. Rakowskiego (1988-1989)* [Der letzte Versuch zur Modernisierung der Volksrepublik Polen. Die Regierung Mieczysław F. Rakowski (1988-1989)], in: *Pamięć i Sprawiedliwość* 1/2016, S. 197-230, hier S. 203.

⁴² Vgl. Antoni Dudek, *Reglamentowana rewolucja. Rozkład dyktatury komunistycznej w Polsce 1988-1990* [Die reglementierte Revolution. Der Zerfall der kommunistischen Diktatur in Polen 1988-1990], Kraków 2004, S. 185-200; Tomasz Kozłowski: *Spółki nomenklaturowe – patologia transformacji gospodarczej* [Nomenklatura-Gesellschaften – eine Pathologie der wirtschaftlichen Transforma-

Industriemoderne staatssozialistischer Prägung war in vielen Köpfen also bereits weitgehend vollzogen, bevor Jeffrey Sachs und die sprichwörtlichen *brygady Marriotta* westlicher Berater und Wirtschaftsexperten den Fuß zum ersten Mal auf polnischen Boden setzten. Die industriellen Moloche des Staatssozialismus und die in ihnen beschäftigten Arbeiter waren aus Sicht der alten und neuen Transformationseliten zu Ballast geworden, den es schnellstmöglich abzuwerfen galt.

„Das Beste wäre es, solche Orte mit dem Bulldozer plattzumachen“

Die tiefgreifende Desavouierung der Industrialisierungs- und Modernisierungsleistung des Staatssozialismus während der 1980er Jahre schuf die Voraussetzungen dafür, dass Polen nach 1989 zum Vorreiter der neoliberalen makroökonomischen Schocktherapie im östlichen Europa wurde. Der rapide sinnweltliche Wandel seit dem Kriege ließ die wirtschaftspolitische Programmatik der „Solidarność“-Gewerkschaft von 1980/81 nur acht Jahre später wie eine Erinnerung aus grauer Vorzeit erscheinen. Als die Regierung Mazowiecki sich im Herbst 1989 einen radikalen „Sprung in den Markt“ auf die Fahnen schrieb, griff ihr Finanzminister Leszek Balcerowicz – wie die meisten anderen Architekten der wirtschaftlichen Transformation im östlichen Europa nach ihm – nicht auf marktsozialistische Ideen und Utopien eines „dritten Weges“ zurück, sondern auf die Rezepte des Internationalen Währungsfonds. Wegen seiner hohen Auslandsverschuldung hätte Polen dessen Rat wohl nur schwerlich ausschlagen können.⁴³ Dass das Pendel im östlichen Europa so deutlich in die liberal-kapitalistische Richtung ausschlug, blieb dennoch nicht ohne Rückwirkungen auf den Westen, gab es doch denjenigen Kräften Auftrieb, die den wohlfahrtsstaatlichen Konsens der Nachkriegsjahrzehnte ohnehin schon längst aufkündigt hatten.

tion], in: Karol Nawrocki/Daniel Wicenty (Hg.), *Brudne wspólnoty. Przestępczość zorganizowana w PRL w latach siedemdziesiątych i osiemdziesiątych XX wieku* [Schmutzige Gemeinschaften. Organisierte Kriminalität in der Volksrepublik Polen in den 1970er und 1980er Jahren], Gdańsk 2018, S. 98-111.

⁴³ Vgl. Antoni Dudek, *Od Mazowieckiego do Suchockiej. Pierwsze rządy wolnej Polski* [Von Mazowiecki zu Suchocka. Die ersten Regierungen des freien Polens], Kraków 2019, S. 124-145.

Der US-amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman, einer der einflussreichsten Wegbereiter und Propagandisten des Neoliberalismus, ließ sich nicht lange bitten, um den Zusammenbruch der staatssozialistischen Systemkonkurrenz als Bestätigung seiner wirtschaftspolitischen Überzeugungen zu vereinnahmen. Friedman, der seine Leitsätze bereits 1980 mit dem populärwissenschaftlichen Bestseller *Free to Choose* und einer gleichnamigen zehnteiligen Fernsehserie einem Massenpublikum nahegebracht hatte, nutzte die Gelegenheit, im Herbst 1990 eine Art Sequel dieser Fernsehserie zu produzieren.⁴⁴ Dafür reiste er mit seiner Frau Rose durch Ostmitteleuropa, um dort mal nach dem Rechten zu sehen – so jedenfalls formulierte es kein Geringerer als Ronald Reagan in seinem Geleitwort: „They wanted to see, if the Czechs, Hungarians, and Poles were taking the steps needed to achieve prosperity and a lasting freedom.“⁴⁵ In einer Episode nahm Friedman auch die „Errungenschaften“ der staatssozialistischen Industrialisierung in Augenschein. Nach einer roadmovieartig inszenierten Autofahrt durch eine ländliche Idylle wurden die Zuschauer mit den Schornsteinen des Eisenhüttenkombinats von Nowa Huta bei Krakau konfrontiert, wie sie in grauester Tristesse vor sich hin rauchten. Wie kaum anders zu erwarten, ließ Friedman kein gutes Haar an dem einstigen Prestigeprojekt der stalinistischen Industrialisierung in Polen. Seinem aus dem Off eingesprochenen Verdikt zufolge sei Nowa Huta ein „disaster in every sense“, für das es eigentlich nur eine Lösung gäbe: „The best thing to do with places like this would be to bulldoze them.“ Als Gegenbild zur staatssozialistischen Industriemoderne fungierte in der US-Fernsehproduktion eine idyllisierte Marktgesellschaft, deren positive Attribute von der Bildführung reichlich plakativ unterstrichen wurden.⁴⁶ Idealtypisch personifiziert wurde die zukunftsfrohe Verheißung der Marktwirtschaft von einem 16-jährigen Schüler, der am schulfreien Samstag auf einem Krakauer Markt mit Jeans asiatischer Produktion handelt und später natürlich „biznesmen“

⁴⁴ Vgl. Sören Brandes, „Free to Choose“. *Die Popularisierung des Neoliberalismus in Milton Friedmans Fernsehserie (1980/90)*, in: *Zeithistorische Forschungen* 3/2015 (12), S. 526-533.

⁴⁵ TV-Serie *Free to Choose*, aktualisierte und überarbeitete Staffel 1990, Teil 3: *Freedom and Prosperity*, abrufbar unter https://www.freetochoosenetwork.org/programs/free_to_choose/index_90.php?id=freedom_and_prosperity (10.8.2020), hier 1:16-1:25.

⁴⁶ So wurde das Aufblühen des Marktes nach der Freigabe der Preise mit Aufnahmen eines zufriedenen Markthändlers veranschaulicht, der Blumenzwiebeln (!) verkauft.

werden möchte. Friedmans begeisterter Kommentar: „There is the hope of Poland.“⁴⁷ Nun war Milton Friedman ganz offensichtlich nicht an einer ernst zu nehmenden Analyse der ökonomischen Herausforderungen der Systemtransformation im östlichen Europa interessiert.⁴⁸ Vielmehr ging es ihm primär darum, sein Dogma von der generellen Überlegenheit des freien Marktes über staatlichen Interventionismus mit suggestiven Beispielen zu illustrieren. Die Zielgruppe seiner Serie waren nicht die Osteuropäer, sondern seine amerikanischen Landsleute, die aus dem Scheitern des Staatssozialismus die Lehre ziehen sollten, dass nicht nur die Verstaatlichung der Produktionsmittel in die wirtschaftliche Katastrophe führe. Ebenso gefährlich sei es Friedman zufolge, die „Früchte der Produktion“ zu sozialisieren, wie es in den USA durch steuerliche Umverteilung geschehe. Auch die vermeintliche Macht der Gewerkschaften und Bürokraten habe im Westen nicht minder verheerende Konsequenzen als im Osten.⁴⁹ Die heruntergewirtschaftete staatssozialistische Industrie diene also im Wesentlichen als Schreckbild, das neoliberalen Reformen auch im Westen neue Legitimation verleihen sollte. Wenn die postsozialistischen Reformstaaten Ostmitteleuropas den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft erst einmal erfolgreich zurückgedrängt hätten, frohlockte Friedman in seinem Schlusswort, „we will learn as much from them, as they have learnt from our example“.⁵⁰ Die populistisch vereinfachte Variante des Marktradikalismus, die Friedman in seiner Fernsehserie präsentierte, entsprach auch in Polen dem Geist der Zeit. Ihr Fokus auf kleine Privatunternehmer, die von einer anonymen staatlichen Bürokratie gegängelt (und nicht etwa durch die übermächtige Konkurrenz großer kapitalistischer Konzerne bedrängt) wurden⁵¹, knüpfte an die

⁴⁷ Alle Zitate aus *Free to Choose*, 1990, Teil 3: *Freedom and Prosperity*, 22:20-25:33, Hervorhebung markiert die Betonung der Aussage im Film.

⁴⁸ Dies hielt ihn freilich nicht davon ab, seinen Ratschlag, die staatliche Schwerindustrie am besten mit dem Bulldozer plattzumachen, auch in der polnischen Presse zu wiederholen und um den bizarren Hinweis zu ergänzen, es sei sowieso am besten, wenn die Landwirtschaft 20-30 Prozent der Wirtschaftsleistung erbringe. Siehe *Wolny prywatny rynek. Z prof. Miltonem Friedmanem rozmawia Beatrix A. Czerkawski specjalnie dla „N. Cz.“* [Freier, privater Markt. Prof. Milton Friedman im Gespräch mit Beatrix A. Czerkawski, exklusiv für „N. Cz.“], in: *Najwyższy Czas*, Nr. 28 vom 6.10.1990, S. 1/3.

⁴⁹ *Free to Choose*, 1990, Teil 3: *Freedom and Prosperity*, 23:15-24:08.

⁵⁰ *Free to Choose*, 1990, Teil 3: *Freedom and Prosperity*, 28:28-28:35.

⁵¹ Vgl. zu Friedmans Marktpopulismus Sören Brandes, *The Market's People. Milton Friedman and the Making of Neoliberal Populism*, in: William Callison/Zachary Manfredi (Hg.), *Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture*, New York 2020, S. 61-88.

vielfältigen Erfahrungen mit individueller Geschäftstüchtigkeit, halblegalen Märkten und privaten Kleinbetrieben an, die hier bereits während der 1980er Jahre Allgemeingut geworden waren. Die Kehrseite der Faszination für diesen kleinteiligen Graswurzelkapitalismus war die Geringschätzung, mit der man dem seit dem Krieg aufgebauten Industriepotenzial begegnete. So teilte insgeheim wohl auch mancher Wirtschaftspolitiker der ersten nichtkommunistischen Regierungen Friedmans Auffassung, dass den Ruinen der staatssozialistischen Industrialisierung nur mit dem Bulldozer beizukommen wäre. Zwar hatten die „Solidarność“-Vertreter noch am Runden Tisch in einer Art Rollentausch mit den Kommunisten um den Erhalt der defizitären Danziger Werft gerungen⁵²; bei der Rettung anderer Industriebetriebe bewiesen sie in den Folgejahren aber weitaus weniger Herzblut als beim Kampf um die symbolisch bedeutsame „Wiege der Solidarność“.⁵³ In der entscheidenden Phase der Transformation hielt die wieder zugelassene Gewerkschaft der Regierung Mazowiecki den Rücken frei, deren Finanzminister Balcerowicz die staatseigene Industrie mit nicht gerade zimperlichen Maßnahmen an die fiskalische Kandare nahm. Mit der sogenannten Dividende, einer Sondersteuer auf den Kapitalstock der Staatsbetriebe, und der im Volksmund bagatellisierend *popiwek* genannten Strafsteuer auf Lohnerhöhungen, die über ein eng festgelegtes Limit hinausgingen⁵⁴, wälzte Balcerowicz die Kosten der Inflationsbekämpfung und der Sanierung des Staatshaushalts einseitig auf die staatseigenen Unternehmen und ihre Beschäftigten ab. Deren Reallöhne schmolzen dahin, während die neu entstehenden Privatunternehmen ganz oder teilweise von beiden Steuern ausgenommen waren. Zudem wurden die Zölle auf Importe schlagartig reduziert, um den Konkurrenzdruck auf die einheimischen Produzenten zu erhöhen.⁵⁵ Dahinter stand offensichtlich das Ziel, die staatliche Industrie für die geplante Privatisierung sturmreif zu schießen. Da viele Staatsbetriebe wegen der monopolistischen Wirt-

⁵² Vgl. Jan Skórzyński, *Rewolucja Okrągłego Stołu* [Die Revolution des Runden Tisches], Kraków 2009, S. 189-193, 336 f.

⁵³ Vgl. David Ost, *The Defeat of Solidarity. Anger and Politics in Postcommunist Europe*, Ithaca 2006.

⁵⁴ Die umgangssprachliche Kurzform *popiwek* rekurierte auf die offizielle Bezeichnung *podatek od ponadnormatywnych wypłat wynagrodzeń* (PPWW, Steuer auf überdurchschnittliche Gehaltszahlungen) und ließ zugleich an *napiwek* (Trinkgelder) denken. Diese standen metaphorisch für Lohnerhöhungen, die durch das Gesetz bestraft wurden.

⁵⁵ Dies kam, so Dudek, oftmals einem bewusst gefällten „Todesurteil“ für bestimmte Industriebranchen gleich. Dudek, *Od Mazowieckiego do Suchockiej*, S. 150.

schaftsstruktur kurzfristig sogar von der abrupten Freigabe der Preise profitierten, wunderte sich Waldemar Kuczyński, der wichtigste Vertraute und Wirtschaftsberater von Ministerpräsident Mazowiecki, einige Monate nach dem Start der Schocktherapie: „Was ist los, sie sollten längst pleite sein, aber sie gehen nicht pleite!“ Sein Chef, der christdemokratische Intellektuelle Mazowiecki, gab später zu Protokoll, er habe bei diesen Aussichten eine Gänsehaut bekommen und auf die soziale Abfederung der entstehenden Marktwirtschaft gehofft – schließlich waren es die Arbeiter ebendieser Betriebe gewesen, die ihn und die Seinen mit ihren Streiks und Protesten an die Macht gebracht hatten.⁵⁶ Die Wirtschaftspolitiker seiner Regierung wurden dagegen nicht von vergleichbaren Gewissensbissen geplagt. Sie hielten unbeirrt an ihrer Linie fest, selbst als sie mit den Ergebnissen der von ihnen initiierten Radikalur konfrontiert wurden: Die polnische Industrieproduktion brach allein 1990 nach offiziellen Angaben um 24 Prozent ein, die Reallöhne sanken ebenfalls um ca. 24 Prozent, und innerhalb von zwei Jahren ging das ohnehin schon jahrelang stagnierende Bruttoinlandsprodukt noch einmal schlagartig um 18 Prozent zurück.⁵⁷ Auch dem Steinkohlebergbau setzte die Schocktherapie hart zu, zwang sie doch die Bergwerke mittels einer zum Zwecke der Inflationsbekämpfung fortgesetzten Preisregulierung, ihre Kohle zu einem Preis zu verkaufen, der nur knapp zwei Drittel der Förderkosten deckte. Entsprechend brach die Förderung um gut ein Viertel ein.⁵⁸ Die darauffolgende Schließung der unrentablen, seit Jahrzehnten nicht mehr modernisierten Zechen im niederschlesischen Kohlenrevier um Wałbrzych (Waldenburg) ließ eine degradierte Region zurück, in der entlassene Bergleute sich mit improvisierten Kleinstzechen, sogenannten *biedaszyby* („Armutszechen“), über Wasser hielten.⁵⁹ Dass die Mehrheit der polnischen Bevölkerung diese schmerzhaften Nackenschläge lange Zeit passiv und apathisch

⁵⁶ So die spätere Darstellung von Mazowiecki in: *Na początku jest pustka* [Am Anfang ist Leere], Interview von Teresa Torńska mit Tadeusz Mazowiecki, in: *Gazeta Wyborcza*, Nr. 220 vom 18./19.9.2004, S. 18-20.

⁵⁷ Vgl. zur Diskussion über diese statistischen Angaben Dudek, *Od Mazowieckiego do Suchockiej*, S. 152; Maciej Bałtowski/Maciej Miszewski, *Transformacja gospodarcza w Polsce* [Die wirtschaftliche Transformation in Polen], Warszawa 2006, S. 198-211.

⁵⁸ Vgl. Frużyński, *Zarys dziejów górnictwa węgla kamiennego*, S. 169 f.; Michał Sutowski, *Kto rządzi polskim węglem* [Wer beherrscht die polnische Kohle], in: ders. (Hg.), *Polski węgiel* [Polnische Kohle], Warszawa 2015, S. 173-227, hier S. 203-205.

⁵⁹ Siehe dazu die anthropologische Bestandsaufnahme von Tomasz Rakowski, *Hunters, Gatherers, and the Practitioners of Powerlessness. An Ethnography of the Degraded in Postsocialist Poland*, New York 2016, S. 87-177.

hinnahm, verdankte sich wohl nur zum kleineren Teil der unter den Eliten grassierenden Euphorie für die neue kapitalistische Ordnung, sondern eher der resignierten Abwendung von der Sinnwelt der Industriemoderne und dem Mangel an Alternativen.

Allerdings stellte sich die von Milton Friedman und seinesgleichen geschürte Begeisterung für idealisierte Unternehmerpersönlichkeiten mit Blick auf die von ihnen propagierte rasche Privatisierung der staatlichen Großindustrie als kontraproduktiv heraus. Weil solche Unternehmer, geschweige denn das nötige Kapital, in Polen schlicht und einfach nicht zu finden waren, taten sich die polnischen Regierungen der frühen 1990er Jahre vergleichsweise schwer, eine konsistente Privatisierungsstrategie zu entwickeln.⁶⁰ Die Privatisierung der Staatsbetriebe entwickelte sich immer mehr zu einem politischen Zankapfel, je stärker der gesellschaftliche Vertrauensvorsprung für die vom „Solidarność“-Lager getragenen Regierungen durch die niederschmetternden Ergebnisse der makroökonomischen Schocktherapie aufgebraucht war. Die wenig systematische polnische Privatisierungspolitik führte dazu, dass manche rentable industrielle Perle unter Wert an ausländische Investoren verkauft wurde, während andere staatseigene Fabriken keine Chance bekamen. Am Ende wurde ein Viertel aller Industriebetriebe abgewickelt, und jeder dritte Arbeitsplatz, der 1988 in der polnischen Industrie existiert hatte, fiel der Transformation zum Opfer.⁶¹ Der Verlust von 2,4 Millionen Industriearbeitsplätzen war maßgeblich mitverantwortlich für den rapiden Anstieg der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit, den dauerhaft sinkenden Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung und die Emigration von über zwei Millionen Menschen, die Polen seit 1989 auf der Suche nach Arbeit und einer besseren Zukunft verlassen haben – die meisten von ihnen wohl für immer.

Insgesamt fällt die Bilanz der Deindustrialisierung Polens nach 1989 dennoch differenzierter aus. So blieb der staatliche Einfluss in einigen klassischen Sektoren der Schwerindustrie relativ hoch, insbesondere

⁶⁰ Vgl. Martin Myant, *Transforming Socialist Economies. The Case of Poland and Czechoslovakia*, Aldershot 1993, S. 133-144; Dudek, *Od Mazowieckiego do Suchockiej*, S. 168-178.

⁶¹ Vgl. Andrzej Karpiński u. a., *Od uprzemysłowienia w PRL do deindustrializacji kraju. Losy zakładów przemysłowych po 1945 roku* [Von der Industrialisierung in der Volksrepublik zur Deindustrialisierung des Landes. Das Schicksal der Industriebetriebe nach 1945], Warszawa 2015, S. 110-112.

im Energiesektor und im Kohlebergbau (bis zum EU-Beitritt auch im Schiffbau). Vor allem im Bergbau, dem symbolisch und materiell privilegierten Leitsektor der staatssozialistischen Industriemoderne, erwies sich die Beharrungskraft der während des Staatssozialismus ausgeprägten soziokulturellen Sinnwelt als groß genug, dass Gewerkschaften und regionale Interessenvertreter sich radikalen Privatisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen lange widersetzen konnten.⁶² Auf längere Sicht zeigte sich außerdem, dass die vergleichsweise zögerliche Herangehensweise an die Privatisierung der Großbetriebe in Polen durchaus unbeabsichtigte Vorteile zeitigte. Zum einen wurde auf diese Weise die Verfestigung oligarchischer Strukturen wie in Russland und der Ukraine sowie eine erneute, durch den Zusammenbruch des Bankensystems verursachte Transformationskrise wie in Tschechien vermieden. Zum anderen gewannen Management und Belegschaften der Staatsbetriebe wertvolle Zeit, die Restrukturierung aus eigenem Antrieb in Angriff zu nehmen, was sie in vielen Fällen wegen der Aussicht auf privilegierte Zuteilung von Belegschaftsaktien auch taten.⁶³ Hinzu kam, dass Polen seit Mitte der 1990er Jahre (ebenso wie die anderen Visegrád-Staaten) in erheblichem Maße von ausländischen Direktinvestitionen ins produzierende Gewerbe profitierte, die insbesondere nach dem EU-Beitritt 2004 auch wieder in nennenswertem Umfang zur Schaffung neuer Industriearbeitsplätze beitrugen. Diese Entwicklung ging freilich mit einem grundlegenden Umbau der Industriestruktur einher, die zu großen Teilen auf den Status einer verlängerten Werkbank der westeuropäischen, vor allem der deutschen Industrie reduziert wurde. Die angestrebte „Rückkehr nach Europa“ ist also Wirklichkeit geworden; allerdings hat sich unterwegs die periphere Position Ostmitteleuropas in neuem Gewand reproduziert.⁶⁴

Fazit

Versteht man unter Industrie- oder Hochmoderne jene Entwicklungsphase moderner Gesellschaften, in der industrielle Arbeit sowohl die sozioökonomischen Strukturen als auch die Sinnwelt der

⁶² Vgl. Sutowski, *Kto rządzi polskim węglem*, S. 203-215.

⁶³ Vgl. Marcin Piątkowski, *Europe's Growth Champion. Insights from the Economic Rise of Poland*, Oxford 2018, S. 194-198.

⁶⁴ Vgl. Iván T. Berend, *From the Soviet Bloc to the European Union. The economic and social transformation of Central and Eastern Europe since 1973*, Cambridge 2011, S. 107-133.

überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder dominierte, dann ist diese industrielle Moderne in Europa mit dem Ausklang des 20. Jahrhunderts Geschichte geworden. Ob sie dabei einer „postmodernen“ oder „spätmodernen“ Konstellation oder doch bloß einer „anderen Moderne“ (Ulrich Beck) gewichen ist, braucht hier nicht erörtert zu werden. Auch impliziert dieser Befund nicht, dem vermeintlichen „Mythos von der postindustriellen Welt“ das Wort zu reden. Dies wäre weder mit Blick auf Mitteleuropa noch gar im globalen Maßstab einleuchtend.⁶⁵ Gleichwohl ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Industrie in den europäischen Gesellschaften infolge der Verlagerung arbeits- und rohstoffintensiver Fertigung in andere Teile der Welt, insbesondere nach Ostasien, ihre einstige hegemoniale Rolle zugunsten eines gleichberechtigten Nebeneinanders von industrieller Produktion, privaten Dienstleistungen und öffentlichem Dienst eingebüßt hat.⁶⁶ Der Abschied von „König Kohle“, der eingangs als Indiz für diesen grundlegenden Wandel herangezogen wurde, begann in Polen zwar aus politischen und strukturellen Gründen erst mit einer Verzögerung von zwei Jahrzehnten gegenüber Westeuropa. Inzwischen ist er jedoch auch hier nicht mehr zu übersehen. Im Rückblick erscheint der Boom des polnischen Steinkohlenbergbaus während der 1960er und 1970er Jahre als erste Etappe der Verlagerung schwerindustrieller Kapazitäten aus den hoch entwickelten Industriestaaten in die globale (Semi-) Peripherie – derselben langfristigen Entwicklung also, deren Sog mittlerweile auch in Polen zum Niedergang des Kohlesektors beiträgt. Als die polnischen Zechen nach 1989 immer stärker unter Druck gerieten, folgte ein Restrukturierungsprogramm auf das andere⁶⁷ – die darin angepeilten Förderziele wurden jedoch regelmäßig verfehlt.⁶⁸ Förderten polnische Bergwerke im Jahr 2000 noch 102 Millionen Tonnen Steinkohle, waren es 2019 nur noch 61,5 Millionen Tonnen. Damit ist Polen derzeit nach Russland zwar noch Europas mit Abstand größter Steinkohleproduzent, allerdings ist polnische Kohle im Kostenwettbewerb gegenüber Importkohle aus Sibirien und überseeischen Tagebauen chancenlos. Hinzu kommen die durch die Kohleverstromung verursachten klimapoli-

⁶⁵ Vgl. Werner Plumpe/André Steiner (Hg.), *Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel in Deutschland 1960 bis 1990*, Göttingen 2016.

⁶⁶ So auch Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 477.

⁶⁷ Vgl. Frużyński, *Zarys dziejów górnictwa węgla kamiennego*, S. 174-189.

⁶⁸ Siehe hierzu und zum Folgenden Bartłomiej Derski, *Wydobycie węgla w Polsce bliżej końca niż mówią politycy* [Kohleförderung in Polen dem Ende näher, als Politiker behaupten], 9.3.2020, <https://wysokienapiecie.pl/27254-wydobycie-węgla-w-polsce-bliżej-konca-niz-mowia-politycy/> (16.9.2020).

tischen Probleme und die gesundheitsgefährdende Luftverschmutzung durch veraltete Kohleöfen, wie sie in vielen Altbauten und auf dem Lande noch immer verwendet werden. Im Herbst 2020 hat sich erstmals auch die polnische Regierung zur Anerkennung dieser Realitäten durchgerungen und ein Szenario für eine geordnete Reduzierung der Kohleförderung bis 2040 entwickelt.⁶⁹ Trotz der legendären Kampfbereitschaft der polnischen Bergarbeitergewerkschaften ist das Ende des Kohlezeitalters also auch in Polen absehbar. Dass die Kohle bis heute ein derart symbolisch aufgeladenes und politisch heiß umkämpftes Thema geblieben ist, liegt jedoch nicht nur am Beharrungsvermögen der mit ihr verbundenen wirtschaftlichen Strukturen in den Bergbauregionen, sondern mindestens ebenso sehr an den Schwierigkeiten, nach dem Bedeutungsverlust der industriellen Arbeitswelt neue gesellschaftliche und kulturelle Horizonte zu entwickeln.

Selbst wenn sich Polen mit seinem langen Festhalten an der Kohle im europäischen Vergleich zweifellos als Nachzügler erweist, spricht vieles dafür, die spät- und postsozialistische Transformation im östlichen Europa nicht als exotischen Spezialfall, sondern als Schlüsseletappe des Niedergangs der Industriemoderne zu begreifen. Dies setzt die Einsicht voraus, dass der osteuropäische Staatssozialismus kein bloßer Antipode einer Moderne war, die nur im kapitalistischen Westen wirklich zu sich selbst fand, sondern dass er in mancher Hinsicht deren entschiedenste und dogmatischste Erscheinungsform darstellte. Als solche war er integraler Bestandteil der Geschichte der industriellen Moderne und hatte auch an deren seit den 1960er Jahren einsetzender globaler Ausbreitung seinen Anteil.⁷⁰ Sowohl das staatssozialistische Entwicklungsmodell als auch die Restitution des Kapitalismus nach 1989 waren in hohem Maße von imitativen Übernahmen gekennzeichnet; allerdings wirkten die Richtungsentscheidungen der Eliten im östlichen Europa ihrerseits auf die weitere Entwicklung im Westen zurück. Philipp Ther hat diesem Effekt mit Blick auf das wiedervereinigte Deutschland unter der Bezeichnung „Kotransformation“ nachge-

⁶⁹ Siehe Rafał Zasuń, *Nowy projekt polityki energetycznej państwa wieszcy przyspieszony koniec węgla* [Neuer Entwurf der staatlichen Energiepolitik kündigt beschleunigtes Ende der Kohle an], 8.9.2020, <https://wysokienapiecie.pl/32078-nowy-projekt-polityki-energetycznej-panstwa-wieszcy-przyspieszony-koniec-węgla/> (16.9.2020).

⁷⁰ Vgl. James Mark u. a., 1989. *A Global History of Eastern Europe*, Cambridge 2019, S. 25-72.

spürt.⁷¹ Hier wurde schlaglichtartig anhand einer Episode der Fernsehproduktion *Free to Choose* von und mit Milton Friedman illustriert, wie der marktwirtschaftliche Umbau im östlichen Europa für die Legitimierung neoliberaler Politik im Westen in Dienst genommen wurde.

Die Transformationszeit in Polen als Abschied von der industriellen Moderne zu deuten, bietet die Chance, die bisher dominierende Engführung der zeithistorischen Forschung auf nationalgeschichtliche und im engeren Sinne politische Problemstellungen aufzubrechen. Damit geht auch eine Relativierung der primär politikgeschichtlich begründeten Zäsur von 1989 einher, die mit der Überhöhung zum *annus mirabilis* eher verklärt als historisch erklärt ist. Speziell im polnischen Fall, in dem der Bruch zwischen industrie- und spätmodernen Ordnungsmustern in den 1980er Jahren besonders greifbar wird, bietet dieser Ansatz eine willkommene Möglichkeit, über die unbefriedigende Frontstellung der beiden konkurrierenden Meistererzählungen über die Transformationszeit hinauszukommen. Weder die liberale Triumphgeschichte über die bruchlose Selbstbefreiung zu Kapitalismus und Demokratie noch die von der politischen Rechten lancierte Verratserzählung, die 1989 als „unvollendete Revolution“ denunziert, sind nämlich in der Lage, den sinnweltlichen Wandel, der zwischen der ersten „Solidarność“ von 1980/81 und der neoliberalen Schocktherapie von 1989/90 lag, angemessen zu integrieren, geschweige denn plausibel zu erklären.

Ein weiterer Vorzug der hier skizzierten Perspektive ist es, die ostmitteleuropäische Zeitgeschichte in einen fruchtbaren Dialog mit der westeuropäischen historischen Forschung zu bringen, die zunehmend die Zeit nach dem Ende der *trente glorieuses* seit den 1970er Jahren als Epoche „nach dem Boom“ in den Blick nimmt.⁷² Auf diskurs- und ideengeschichtlicher Ebene ließe sich neben der vorwiegend wirtschafts- und sozialhistorisch ausgerichteten (west)deutschen Forschung auch an das von Daniel T. Rodgers vorgeschlagene Epochenmodell des *age of fracture* anknüpfen, das das „Zerbrechen“ der sozialen und kulturellen Homogenisie-

⁷¹ Vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014, S. 277-305.

⁷² Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte nach 1970*, Göttingen 2008.

rungs- und Steuerungsgewissheit der Nachkriegsmoderne in den Mittelpunkt rückt.⁷³ Die Zeitgeschichte Ostmitteleuropas hat zu den damit verbundenen Forschungsfragen einiges beizutragen.

Eine solche Perspektiverweiterung könnte nicht nur spezifisch staatssozialistische Elemente, die den historischen Ordnungsrahmen der Moderne im östlichen Europa überformten und somit auch dessen Niedergang entscheidend prägten, stärker in den Blick rücken, sondern auch das Bewusstsein für augenfällige Gemeinsamkeiten über den Eisernen Vorhang hinweg schärfen. Die polnische „Solidarność“-Bewegung von 1980/81 erschien somit als letztes massenhaftes Aufbäumen, das in erster Linie von den soziokulturellen Milieus der Industriemoderne getragen war, und ließe sich in dieser Hinsicht etwa mit den britischen Bergarbeiterstreiks von 1984/85 vergleichen. Solche transnationalen Vergleichs- und Verflechtungsperspektiven können die polnische und ostmitteleuropäische Geschichte als substanziell gleichrangigen Bestandteil einer europäischen Geschichte positionieren, ohne dabei dem Osten automatisch die Rolle des bloßen Nachzüglers westeuropäischer Entwicklungen zuzuweisen. Vielmehr hat die Überwindung des nationalgeschichtlichen Exzeptionalismus das Potenzial, ein tieferes Verständnis für die Tragweite und spezifischen Eigendynamiken der abrupten und in ihrer Simultaneität dann doch einzigartigen politischen und wirtschaftlichen Transformation in den postsozialistischen Gesellschaften zu entwickeln.

Freilich birgt der vorgeschlagene Zugang auch Risiken: Wer die spät- und postsozialistische Transformation vorrangig auf die strukturellen Basisprozesse der ausklingenden Industriemoderne zurückführt, läuft notwendigerweise Gefahr, den Verlockungen eines legitimatorischen Narrativs zu erliegen, das die kontingenten Faktoren der historischen Entwicklung in die Konvention des „es musste ja so kommen“ kleidet. Die Rhetorik der vermeintlich unausweichlichen, naturgegebenen Sachzwänge aber ist, wie Lutz Raphael treffend kommentiert hat, von Politikern und Zeitdiagnostikern schon allzu häufig verwendet worden, „um ihre aktuellen pragmatischen Ziele mit geschichtsphilosophischem Blattgold zu ummanteln“.⁷⁴ Margaret Thatchers „TINA-Prinzip“ (*there is no alternative*) lässt grüßen.

⁷³ Daniel T. Rodgers, *Age of fracture*, Cambridge 2011.

⁷⁴ Raphael, *Jenseits von Kohle und Stahl*, S. 11.

Ebenso problematisch wäre es, angesichts der unbestreitbaren Härten der Transformationszeit die untergegangene soziale und kulturelle Ordnung der industriellen Moderne retrospektiv als „gute alte Zeit“ zu romantisieren und die wie selbstverständlich maskulin konnotierte körperliche „Maloche“ vermeintlich „echter Männer“ nostalgisch zu verklären. Schließlich war die Sozialordnung der Industriemoderne ihrerseits durch harte soziale Gegensätze und mehr oder weniger sichtbare Hierarchien und Konflikte gekennzeichnet, die zeitgenössisch vonseiten der organisierten Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung und etwas später auch von der Ökologiebewegung aktiv bekämpft wurden.

Dennoch lohnt es sich im Bewusstsein dieser Risiken, den tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel der 1980er und 1990er Jahre im übergreifenden Kontext des Endes der Industriemoderne zu analysieren. Konkret hieße dies etwa, danach zu fragen, wie sich die Wertschätzung von industrieller Arbeit und industrieller Modernität im Zuge des Durchbruchs zum Marktradikalismus verändert hat. Auf diese Weise rücken dann auch die Deklassierungserfahrungen, Kränkungen und kulturellen Verhärtungen in den Blick, die nicht nur im östlichen Europa, sondern auch in vielen von Deindustrialisierung betroffenen Regionen im Westen mit dem postindustriellen Strukturwandel einhergingen – und die, wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, hier wie dort ein beträchtliches Reservoir für rechtspopulistische Politisierung bieten.

Abstract

This article discusses the question, to what extent the late and post-socialist transformation in Poland can be considered a key stage in the decline of industrial modernity. Setting out from the premise that state socialism constituted a paradigmatic version of industrial or high modernity, it addresses the major discursive rupture that preceded the regime change of 1989: While the workers' mass movement of Solidarity had embraced political and social imaginaries typical of industrial modernity in 1980/81, these came to be replaced by new socio-economic and cultural frameworks by the end of the 1980s. By outlining the spectacular rise of informal trading, as well as the Polish and transnational input into the promotion of

grassroot capitalism, the article indicates how Poland's late and post-socialist transformation was intrinsically linked to the downfall of industrial modernity and reflects on the historiographical potential of this approach.